

Vortrag Prof. Dr. Christoph Butterwegge: Soziale Ungleichheit, Armut und Gesundheit

Einen recht schönen guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung und Ihnen, Frau Walter-Hamann, für die Einführung. Ich begrüße es natürlich ausdrücklich, dass Sie das Thema Sucht in den Zusammenhang der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stellen, weil ich glaube, sonst kann man sich ihm auch nicht sinnvoll nähern.

Ich werde immer als Armutsforscher bezeichnet. Mein eigentliches Thema ist aber die soziale Ungleichheit, denn Armut ist, wenn Sie so wollen, ja nur die schlimmste Ausprägung von sozialer Ungleichheit. Ich will nach anfänglichen Bemerkungen zum Thema „Soziale Ungleichheit, Armut und Reichtum“ erklären, was ich darunter verstehe, damit wir gewissermaßen einen begrifflichen Rahmen haben. Ich möchte ein paar Zahlen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland nennen, um die es mir hier geht. Ich möchte, und das ist mir das Wichtigste, die Ursachen für diese wachsende soziale Ungleichheit, die sich in den Zahlen niederschlägt, untersuchen. Dann möchte ich die Auswirkungen thematisieren und da natürlich dann auch die Problematik der Sucht in den Mittelpunkt rücken und schließlich Fragen von Gegenstrategien behandeln, denn ich denke, Suchtprävention muss eben auch gleichzeitig anknüpfen an eine Verringerung oder Bekämpfung der sozialen Ungleichheit, sonst wird sie keinen Erfolg haben.

Armut: absolut und relativ

Armut und Reichtum sind die Begriffe, die im Mittelpunkt stehen. Bei der Armut, unter der eigentlich jeder etwas anderes versteht, über diesen Begriff wird ja in allen Gesellschaften auch gerungen und gestritten, wird dann häufig, wenn insbesondere der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erscheint, in manchen Medien heftig diskutiert, ob es denn überhaupt Armut in der Bundesrepublik Deutschland gibt oder ob das nicht nur das Jammern auf hohem Niveau sei. Für mich ist klar, dass man unterscheiden muss zwischen der absoluten Armut einerseits und der relativen Armut andererseits. Absolut arm ist jemand, der seine Grundbedürfnisse nicht befriedigen kann, d.h. der nicht genug zu essen hat, der kein sicheres Trinkwasser hat, der keine den klimatischen Bedingungen angemessene Kleidung besitzt, der kein Obdach hat, der medizinische Grundversorgung entbehrt - der ist absolut arm. Diese absolute Armut wird immer sofort in Verbindung gesetzt zu der sogenannten Dritten oder Vierten Welt, was mich schon zum Teil verwundert, weil das natürlich bedeutet, sie in der Bundesrepublik Deutschland zu leugnen. Natürlich sieht Armut in Köln anders aus als in Kalkutta, und ich will jetzt, wenn ich z.B. die Armut in einem reichen Land - das ist eine meiner provozierendsten Thesen – für zum Teil deprimierender, erniedrigender und demütigender erkläre als

absolute Armut, also Armut in einem armen Land, dann muss trotzdem klar sein, dass es natürlich auch bei uns, auch zum Teil gegenwärtig wieder wachsend, absolute Armut gibt.

Da ist es ganz interessant, wenn man sich den aktuellen fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der im April dieses Jahres veröffentlicht worden ist, anguckt, um zu sehen, was dort zur absoluten Armut an empirischem Material dargeboten wird. Das ist ja ein 650 Seiten umfassendes Dokument mit sehr vielen Statistiken. Bei der Wohnungslosigkeit und der Obdachlosigkeit stützt man sich ausschließlich auf Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, und zwar auf Schätzungen aus dem Jahr 2014, die besagen, dass es 335.000 Wohnungslose und 39.000 Obdachlose in der Bundesrepublik gibt, aber - das sagte die BAG Wohnungslosenhilfe damals schon - mit stark wachsender Tendenz. Und es sei anzunehmen, und ich denke, diese Tendenz wird sich bestätigen, dass bis zum Jahr 2018 die Zahl deutlich über 500.000 hinausgehen wird. Das wird man jetzt wahrscheinlich schon einschätzen können. Was daran bemerkenswert ist: Dass man zwar in der Bundesrepublik Deutschland - nur Nordrhein-Westfalen erhebt überhaupt Zahlen zur Wohnungslosigkeit-, dass man zwar die statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben lässt, wie viele Bergziegen und wie viele Zwerghasen es in Deutschland gibt - das weiß man ganz genau -, aber wie viele Menschen ohne Wohnung dastehen, das kann man nur schätzen. Man muss sich sogar noch auf eine Institution stützen, die eben nicht sozusagen regierungsoffiziellen Charakter hat. Aber diese Zahlen sind natürlich schon erschreckend genug, und insofern finde ich, das, was wir im Bereich der absoluten Armut feststellen, ist ebenfalls, wie bei der relativen Armut, zu der ich gleich komme, eine steigende Tendenz. Und ich glaube - Sie haben sich damit wahrscheinlich viel intensiver befasst als ich -, dass auch Probleme von Sucht gerade in diesem Bereich natürlich eine wichtige Rolle spielen.

Man hat lange von Armuts- und Elendssucht oder -alkoholismus gesprochen, und ich denke deswegen, dass wir sehr genau beobachten müssen, wie sich die absolute Armut in Deutschland entwickelt, Armut in einem reichen Land.

Die ideologische Entsorgung der Armut

Ich mache einen kleinen Werbeblock: Eines meiner Bücher heißt: „Armut in einem reichen Land“. Im Untertitel trägt das Buch die Aufforderung oder die Feststellung, wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Und diese Verharmlosung und Verdrängung - ich nenne es auch die ideologische Entsorgung der Armut – findet besonders auch im Bereich der relativen Armut statt. Relative Armut ist das, was sich gewissermaßen vorgelagert zur absoluten Armut abspielt. Relativ arm ist jemand, der zwar seine Grundbedürfnisse - vielleicht noch - befriedigt

gen kann, der sich aber vieles von dem nicht leisten kann, was in dieser reichen, wohlhabenden Gesellschaft für fast alle anderen als normal gilt, d.h., der nicht teil hat am kulturellen, am öffentlichen, am politischen Leben der Gesellschaft, der es sich nicht leisten kann, mal mit Freunden essen, ins Kino oder ins Theater zu gehen. Bei den Kindern, die eine der hauptbetroffenen Gruppen sind, heißt es dann eben: „Zoo ist nicht“. Das heißt, das, was für die anderen Kinder in dieser Gesellschaft ganz normal ist, dass sie mal in den Zoo, in den Zirkus, auf die Kirmes gehen, das unterliegt bestimmten Beschränkungen. Dazu lässt sich übrigens feststellen, dass die Schule und auch andere Institutionen sehr wohl voraussetzen, dass man in diesem Bereich, also des kulturellen Lebens, der Freizeitgestaltung, also in all den Lebensbereichen, in denen sich eben dann auch ganz besonders die Armut der Kinder abspielt, wenn die Familien von ihr betroffen sind, Kenntnisse haben sollte. Das heißt, das ist dann das Problem der relativen Armut, nämlich, ganz besonders, was die Kinder angeht, dass sie in fast allen Lebensbereichen benachteiligt sind, diskriminiert werden. Das gilt für Bildung, für Gesundheit, das gilt für die Kultur, für den Bereich der Freizeitgestaltung, für das Wohnen und das Wohnumfeld, und insofern ist relative Armut - also Armut in einem reichen Land - mehr, als nur wenig Geld in der Tasche zu haben.

Armut bedeutet, in fast allen Lebensbereichen ausgegrenzt zu werden oder, wie es bei den Kindern und Jugendlichen häufig passiert, dass sie ausgelacht werden. Und ich will diese eben formulierte These, dass Armut in einem reichen Land deprimierender, erniedrigender und demütigender sein kann als Armut in einem armen Land, nochmal an einem Jugendlichen verdeutlichen, der im tiefsten Winter in Sommerkleidung auf dem Schulhof steht und von den eigenen Klassenkameradinnen und Klassenkameraden ausgelacht wird. Dann leidet er darunter wahrscheinlich viel mehr als unter der Kälte, die er spürt. Insofern, finde ich, haben wir keinen Grund, diese relative Armut gewissermaßen als das Jammern auf einem hohen Niveau abzutun und uns somit natürlich im Grunde auch nicht mehr damit zu beschäftigen, sondern es ist richtig, dass absolute Armut in totaler Verelendung natürlich auch von mir nicht beschönigt werden darf. Aber das ist kein Grund, auf der anderen Seite relative Armut gewissermaßen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Und wenn nach dem letzten Mikrozensus (also der seriösesten Statistik, die es in der Bundesrepublik Deutschland gibt), 15,7% aller Menschen in der Bundesrepublik relativ arm sind, d.h. nach der Definition von relativer Armut seitens der Europäischen Union mit weniger als 60% des mittleren Einkommens auskommen müssen, dann, finde ich, ist das eigentlich ein Grund, dass diese Gesellschaft sich darüber erregen müsste, dass sie sich damit beschäftigen müsste.

Aber es gibt vielfältige Mechanismen, um dieses Problem dann doch zu verharmlosen, z.B. auch, indem man den Vergleich zu Ländern der Dritten Welt sucht und sagt: „Da ist ja alles viel schlimmer“. Und da wird dann gesagt - bezogen auf den Tsunami ist es mir in der Berichterstattung besonders aufgefallen - wenn ein Jugendlicher in einer Lehmhütte in der Dritten

Welt aufwächst, am Indischen Ozean beispielsweise, und diese Hütte wird dann auch noch durch eine Naturkatastrophe wie den Tsunami weggeschwemmt, das ist natürlich wirkliche Armut. Aber wenn ein Jugendlicher in einem Hochhaus in Berlin Neukölln, Köln Chorweiler oder in München Hasenberg aufwächst - und wie diese Viertel alle heißen – wird gesagt, jammern da nur die Hartz IV-Bezieher auf hohem Niveau, und die haben ja eigentlich genug zum Leben. Und sofort haben sie auch das Problem, dass eine Stigmatisierung einsetzt, dass, so wie früher, eine Alkoholisierung der Armut stattgefunden hat, also im 19. Jahrhundert alles sozusagen auf den Alkoholismus geschoben wurde, so wird heute alles darauf geschoben, dass die von Hartz IV Betroffenen als Menschen gelten, die Faulenzer, Drückeberger und Sozialschmarotzer sind. Ich finde, dies ist so ein Mechanismus, wie die Gesellschaft sich ein Problem vom Halse hält, das sie in Wirklichkeit selber produziert.

Reichtum durch Armut

Ich will aber auch noch etwas zum Reichtum sagen: Wer über den Reichtum nicht sprechen will, der sollte auch über die Armut schweigen, denn beide hängen miteinander zusammen. Ich werde immer als Armutsforscher tituliert. Wenn ein Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erscheint werde ich auch schon mal in die Tagesschau oder die Tagesthemen live zum Interview geschaltet. Da fragte mich Tom Buhrow, der damals noch nicht WDR-Intendant war, ob denn der Vierzeiler von Bertolt Brecht noch zuträfe „Armer Mann und reicher Mann standen da und sah' n sich an, und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm wärst du nicht reich“. Und ich antwortete: „Natürlich trifft der heute noch zu“. Denn wenn in der Finanzkrise mehr Menschen gezwungen sind, ihr Girokonto zu überziehen und sie deshalb hohe Dispozinsen zahlen müssen, dann werden natürlich diejenigen, denen die Banken gehören, noch reicher. Und wenn in der Wirtschaftskrise mehr Familien beim Lebensmitteldiscounter kaufen, dann werden die Familien, denen diese Ketten gehören und die ohnehin schon zu den Reichsten im Land gehören, natürlich noch reicher. Und insofern besteht zwischen arm und reich ein struktureller Zusammenhang, den man nicht aus den Augen verlieren darf.

Wie sieht der Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland aus? Mir scheint, dass der sich in wenigen Händen immer stärker konzentriert, und da nenne ich immer ein Beispiel, das weder im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung steht, noch finden Sie solche Zahlen in der normalen Presseberichterstattung. Aber ich finde, das ist eine Zahl, die wirklichen Reichtum verkörpert. Die beiden reichsten Geschwister unseres Landes, Susanne Klatten und Stefan Quandt, haben im Mai dieses Jahres für das Vorjahr 1 Milliarde und 74 Millionen Euro nur an Dividende aus ihren BMW-Aktien bezogen. Sie haben nicht nur BMW-Aktien, ihnen gehören ebenfalls Chemiekonzerne und Privatbanken. Sie besitzen aber nicht nur Aktien, sondern auch andere Wertpapiere. Sie haben aber auch nicht nur Wertpapiere, sondern natürlich auch

Immobilien, Felder, Wälder, Privatjachten und Privatflugzeuge, all das, was zu einem solchen unvorstellbaren Reichtum gehört.

Und ich denke, so wie die Armut - durch Vergleiche etwa gegenüber der Dritten Welt - eher verharmlost wird, so wird der Reichtum bei uns verschleiert. Guckt man z.B. in den fünften Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dann findet man dort eine Definition, dass als einkommensreich derjenige gilt, der das 2 bis 3-fache des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Susanne Klatten würde sich, da bin ich ganz sicher, totlachen, wenn sie hören müsste, dass die Bundesregierung einen Studienrat deshalb, weil er € 3.500 netto im Monat verdient, für reich erklärt. Aber das ist die Vorstellung von Reichtum, wenn man ihn im Grunde in seiner ganzen Dramatik überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt.

Wir haben ein gespaltenes Land

Wenn man dieses Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit, der sich vertiefenden Kluft zwischen arm und reich weder wahr- noch ernstnimmt und erst recht nichts politisch dagegen tut, weil dann sozusagen eher eine Reichtumsförderung erfolgt, und Frau Dr. Deckwirth hat ja einige der Gründe genannt, dann, ich sage das mal mit meinen Worten, drückt sich das natürlich in Lobbyarbeit aus: Wer reich ist, der ist in aller Regel auch politisch einflussreich und umgekehrt. Wer arm ist, ist auch politisch ohnmächtig oder er fühlt sich so. Er geht häufig nicht mehr zur Wahl, und wenn ich mir jetzt z.B. die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl vom 24. September angucke, dann stelle ich fest, dass in Köln in einem Hochhausviertel, wie z.B. Köln Meschenich oder der Kölnberg, die Wahlbeteiligung bei etwas über 25% liegt. Im Villenviertel Köln Hahnwald ist die Wahlbeteiligung 88,5%. Das heißt, wir haben nicht nur - jetzt bin ich eigentlich schon bei den Auswirkungen der sozialen Ungleichheit - ein Problem mit der sozialen Spaltung des Landes, sondern wir haben auch ein Problem mit der politischen Spaltung des Landes oder anders gesagt, wir haben eine Krise der politischen Repräsentation oder, wie man es auch ausdrücken könnte, nicht nur eine Krise in Bezug auf die Entwicklung der Sozialstruktur, sondern eben auch durchaus eine Krise der Demokratie.

Wenn ein großer Teil der Bevölkerung, ein wachsender Teil der Bevölkerung, der sich sozial abgehängt fühlt, aus richtiger oder falscher Wahrnehmung von politischer Einflusslosigkeit oder der Wahrnehmung, dass die etablierten Parteien die eigenen Interessen nicht vertreten, nicht mehr zur Wahl geht, dann haben wir im Grunde nicht die repräsentative Demokratie, die in den Lehrbüchern steht, sondern wir haben ein gespaltenes Land, das sich auch politisch immer mehr spaltet. Wo liegen die Ursachen?

Eine Gesellschaft, die marktwirtschaftlich kapitalistisch organisiert ist, neigt natürlich der Struktur nach zu sozialer Polarisierung. Wenn den einen die Fabriken, die Versicherungen und die

Banken gehören, und den anderen gehört nur ihre Arbeitskraft, die sie verkaufen müssen und häufig auf dem Arbeitsmarkt z.B. aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigung, auch aufgrund von Suchterkrankung gar nicht verkaufen können, dann ist natürlich in der Struktur dieser Gesellschaft angelegt, dass es zu einer solchen sozialen Spaltung in arm und reich kommt. Aber verstärkt wird das, finde ich, durch den Einfluss des Neoliberalismus. Ich verstehe unter Neoliberalismus ursprünglich eine Wirtschaftstheorie, die sehr stark auf den Markt setzt und staatliche Regulierungen irgendwie nur im Notfall akzeptiert. Aus dieser Wirtschaftstheorie ist eine Sozialphilosophie geworden, ich würde sogar sagen, eine politische Zivilreligion, die alle Poren der Gesellschaft durchdringt und die im Grunde darauf abhebt, dass betriebswirtschaftliche Effizienz im Vordergrund zu stehen hat, nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in allen anderen Gesellschaftsbereichen.

Und wenn alles unter dem Gesichtspunkt von Konkurrenz, von Leistungsfähigkeit, von Marktgängigkeit betrachtet wird, dann, denke ich, ist auch ein Ergebnis, dass gesundheitliche Beeinträchtigungen, z. B. auch Suchtgefährdung, zunehmen, weil es dann eine Gesellschaft der Angst ist, die zunehmend gespalten wird. Ich gehe davon aus, dass das Ganze zum Teil eben auch bewusst passiert. Das ist natürlich auch wieder eine sehr provokative These. Armut und Reichtum sind funktional. Sie sind notwendig, damit diese Gesellschaft funktioniert, weil (jetzt ganz verkürzt gesagt, weil mir ein bisschen die Zeit wegläuft) Armut gewissermaßen die Strafe für Leistungsverweigerung oder für Leistungsunfähigkeit ist. Reichtum ist natürlich in unserer Gesellschaft die Belohnung für Leistungsfähigkeit. Man kann sicher darüber streiten, was man dann unter Leistung versteht. Meines Erachtens ist eher das eine Leistung, was die Erzieherinnen, Krankenschwestern und Altenpfleger tun als das, was meinerwegen Börsenspekulanten tun. Aber die sind diejenigen, die reich sind und die natürlich dann u.a. über Lobbytätigkeit erreichen, dass die Gesetze eher zu ihren Gunsten ausschlagen, und da bin ich bei den Ursachen.

Ursachen

Ich will drei Ursachen bündeln und kurz benennen. Das Erste ist der Um- und *Abbau des Sozialstaates*. Da nehme ich mal das Beispiel Hartz IV. Gerhard Schröder, mit dem ich mal vor 45 Jahren zusammen Juso-Arbeit gemacht habe, hat in seiner berühmt-berüchtigten Agendarede dieses Gesetzeswerk Hartz IV damit populär gemacht, dass er gesagt hat: „Wir haben damit eine Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe vor.“ Natürlich hat keiner was dagegen, wenn zwei konkurrierende oder parallel nebeneinander bestehende Systeme zusammengelegt werden. Dann wird es einfacher, dann wird es unbürokratischer, dann wird es leichter durchschaubar, und dagegen hat ja niemand etwas. In Wirklichkeit ist eine Leistung nicht zusammengelegt, sondern abgeschafft worden, nämlich die Arbeitslosenhilfe. Das war

eine den Lebensstandard von Langzeiterwerbslosen noch halbwegs sichernde Lohnersatzleistung. Auf der Ebene des letzten Nettoverdienstes von 53% bzw. 57%, wenn man ein unterhaltsberechtigtes Kind hat, wurde also die Arbeitslosenhilfe im Extremfall bis zur Rente gezahlt.

Am 1. Januar 2005 entfiel mit Hartz IV diese für Millionen von Menschen existenzsichernde Leistung. Das ist einmalig in der Geschichte des Sozialstaates Deutschland, von Bismarck bis heute, dass eine existenziell wichtige Sozialleistung für Millionen Menschen abgeschafft wurde. An deren Stelle trat das Arbeitslosengeld II, das übrigens 1,2 Millionen Menschen - meistens sind es Frauen - bekommen, obwohl sie durchaus nicht arbeitslos sind, sondern arbeiten, aber zu einem Lohn oder Gehalt, das nicht ausreicht, um das Leben zu ermöglichen. Da beziehen sie Arbeitslosengeld II aufstockend. Aber es ist eben eine Lohnergänzungsleistung, eine Fürsorgeleistung, und mehr und mehr wird der Sozialstaat von einem Sozialversicherungsstaat zu einem Fürsorge-, Almosen- und Suppenküchenstaat umfunktioniert.

Das Zweite, was ich als Ursachenbündel nennen möchte, ist die *Deregulierung des Arbeitsmarktes*. Wenn man, wie das mit den Hartz-Gesetzen und den Reformen der Agenda 2010 geschehen ist, den Kündigungsschutz lockert, die Leiharbeit liberalisiert, Mini- und Midijobs einführt und Honorar- und Werkverträge erleichtert, dann ist natürlich das Ergebnis ein sehr breiter Niedriglohnsektor, der inzwischen fast ein Viertel aller Beschäftigten umfasst. Und dieser expandierende Niedriglohnsektor ist für mich das Haupteinfallstor für heutige Familien-, Kinder- und Erwerbsarmut und spätere Altersarmut. Das heißt, auf diese Art und Weise ist natürlich auch wieder ganz bewusst, im Rahmen einer Lohndumpingstrategie dafür gesorgt worden, dass die Löhne und Gehälter von Menschen gesunken sind, dass auch Gewerkschaften, Belegschaften, Betriebsräte unter einem enormen Druck stehen. Das war für mich die Funktion dieses Gesetzespaketes. Auf diese Art und Weise ist dafür gesorgt worden, dass wir natürlich das Armutsrisiko sehr stark steigend haben.

Das Dritte, und jetzt bin ich erst bei den Ursachen ist eine Steuerpolitik, ich nenne sie eine nach dem Matthäus-Prinzip. Im Evangelium des Matthäus heißt es: Wer hat, dem wird gegeben, und wer wenig hat, dem wird auch das noch genommen. Also fange ich mal bei denen an, denen es genommen wird. Den Transferleistungsbeziehern und den Geringverdienern wurde am 1. Januar 2007 die Mehrwertsteuer von 16% auf 19% erhöht. Das spürt die alleinerziehende Mutter im Hartz IV-Bezug, die Windeln kauft. Das war eine Steuererhöhung, die gewissermaßen die Armen getroffen hat. Gleichzeitig wurden aber fast alle Gewinn-, Kapital- und Unternehmenssteuern, die es gibt, angefangen von der Vermögenssteuer, die seit 1997 nicht mehr erhoben wird, gesenkt. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer und Kapitalertragssteuer wurde ebenfalls gesenkt.

Sie können sagen, und darüber könnte ich jetzt einen eigenen Vortrag halten, dass besonders Reiche und Hyperreiche (ich nenne sie nicht Superreiche, weil hyperaktiv etwas Negatives ist) in den letzten Jahren und Jahrzehnten unter allen Regierungskonstellationen systematisch entlastet worden ist. Das hat sicher mit Lobbyismus und anderem zu tun. Ich habe letztes Jahr ein kleines Büchlein erstellt: „Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung - eine Halbzeitbilanz der großen Koalition“. Dort habe ich die Erbschaftssteuerreform für Firmenerben untersucht, wie diese sozusagen auch durch Lobbyeinflüsse so gestaltet worden ist, dass man immer noch einen ganzen Konzern erben kann, ohne einen einzigen Cent betriebliche Erbschaftssteuer zahlen zu müssen. Es ist keine Leistung - das sage ich denjenigen, die die Leistung so hoch halten - der Sohn oder die Tochter eines Milliardärs zu sein.

Folgen

Zu den Folgen: Soziale Ungleichheit führt zu einer größeren Gesundheitsgefährdung, zu einer Vermehrung des Drogenkonsums, und diejenigen, die das empirisch, wie ich finde, sehr eindrucksvoll belegt haben, sind die Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett. Diesen Zusammenhang sehe ich natürlich auch. Das hat aber nicht nur mit dem Auseinanderfallen der Gesellschaft zu tun, mit zunehmender Desintegration und mit zunehmender Deprivation von Teilen der Gesellschaft, was sich ja inzwischen schon in Richtung Mittelschicht bewegt - das Armutsrisiko reicht selbst bis dahin und breitet sich aus -, sondern es hat auch mit der neoliberalen Hegemonie und dem Überhandnehmen des Leistungsgedankens zu tun.

Wenn dieser Leistungsgedanke derart im Mittelpunkt steht, dann entwickelt sich daraus natürlich in einer sich spaltenden Gesellschaft eine Gesellschaft der Angst, und Angst macht krank. Angst führt auch dazu, dass natürlich Suchtmittelkonsum Option wird, um mit diesem Druck, der auf einem lastet, umzugehen. Insofern darf sich die Gesellschaft dann auch nicht wundern, wenn psychosomatische Probleme und gesundheitliche Beeinträchtigungen zunehmen, wenn auch Suchtgefährdung zunimmt.

Maßnahmen zur Verringerung der sozialen Ungleichheit

Ich komme zum Schluss, nämlich zu der Frage: Was kann denn jetzt vor diesem Hintergrund getan werden, um über die Verringerung von sozialer Ungleichheit möglicherweise auch die Suchtproblematik einzudämmen? Und wenn meine Analyse richtig ist, dann müssten wir natürlich auch auf den dargestellten drei Ebenen ansetzen:

Den Sozialstaat nicht mehr um- und abzubauen, sondern ihn um- und auszubauen zu einer solidarischen Bürgerversicherung. Alle einbeziehen, auch Freiberufler, Selbständige, Beamte,

Abgeordnete und Minister, alle Einkommen zu verbeitragen, warum nur Löhne und Gehälter? Warum nicht Kapitaleinkünfte, Zinsen, Dividende, Tantiemen, Miet- und Pächterlöhne? Die Beitragsbemessungs- und Krankenversicherungspflichtgrenzen aufzuheben - denn auch das ist nicht einsehbar, dass gewissermaßen die Solidarität an einer bestimmten Gehaltsgrenze endet -, sondern, auch das wäre natürlich Bestandteil einer Renaissance von sozialem Verantwortungsbewusstsein. Was damit verbunden sein und in diese solidarische Bürgerversicherung eingebaut werden müsste ist eine soziale Grundsicherung, die den Namen im Unterschied zu Hartz IV wirklich verdient. Diese Grundsicherung müsste bedarfsgerecht, armutsfest und repressionsfrei sein, d.h. ohne die Sanktionen, die besonders bei unter 25-jährigen auch deshalb, denke ich, Einfallstor für Suchtgefährdung sind, weil da besonders stark sanktionierten, jungen Menschen im Falle der zweiten Pflichtverletzung bei Hartz IV nicht nur die Geldleistung entzogen wird, sondern auch Miet- und Heizkosten nicht mehr erstattet werden. Und das heißt, der Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland fördert und produziert an dieser Stelle bei jungen Menschen Obdachlosigkeit. Ein Problem, das kaum Eingang findet in die Diskussion, wie überhaupt Sozialpolitik und Probleme der sozialen Ungleichheit im Bundestagswahlkampf keine Rolle gespielt haben.

Das Zweite wären eine *Reregulierung des Arbeitsmarktes und ein sehr viel höherer Mindestlohn*, weil € 8,84, was er gegenwärtig beträgt, nicht ausreichen, um damit, selbst bei Vollzeit-erwerbstätigkeit, aus Hartz IV herauszukommen. Er müsste deutlich über € 10,00 betragen. Er dürfte keine Ausnahmen haben, wie jetzt: für junge Menschen ohne Berufsabschluss, für Langzeitarbeitslose, die ein halbes Jahr vom Mindestlohn ausgeschlossen sind. Für Kurzeitpraktikanten und andere Gruppen gibt es Ausnahmen, die abgeschafft werden müssten, und ich denke, es müsste auch ein Verbot oder eine stärkere Regulierung von Leiharbeit geben.

Dann ist drittens sicher eine *Steuerpolitik erforderlich, die wieder stärker daran angeknüpft, dass starke Schultern mehr tragen können*. Das wird zwar von Politikern häufig so formuliert, aber wenn man sich die konkrete Steuerpolitik anguckt, ist das Gegenteil der Fall. In diesem Wahlkampf haben alle nur versprochen, die Steuern zu senken, den Soli abzuschaffen, was ich für völlig falsch halte, weil der Solidaritätszuschlag z.B. umgewidmet werden könnte für die Bekämpfung der Kinderarmut. Der Solidaritätszuschlag soll mit der Begründung abgeschafft werden, dass angeblich untere und mittlere Einkommen entlastet werden sollen, die ihn übrigens gar nicht zahlen müssen. Wer als Alleinstehender € 1.500,00 oder als Familie mit zwei Kindern € 4.050,00 im Monat an Einkommen hat, der muss ihn gar nicht zahlen. Aber diejenigen, die z.B. hohe Kapitaleinkünfte haben oder auch große Konzerne, die müssen ihn zahlen, weil er eben, was kaum jemand weiß, auf die Kapitalertragssteuer und auf die Körperschaftsteuer erhoben wird. Deswegen wäre es für mich ein Ansatzpunkt, Regionen, auch Kommunen, die schon erwähnt worden sind, in ihrer Finanznot in die Lage zu versetzen, z.B. zur

Bekämpfung der Kinderarmut, die Sozial- und Bildungsinfrastruktur auszubauen. „Dass in einem so reichen Land, wie dem unseren, per Antrag nach dem Bildungs- und Teilhabepaket in einem bürokratischen Verfahren beantragt werden muss, dass ein Kind ein warmes Mittagessen finanziert bekommt, und der Eigenbeitrag der Eltern beträgt dann immer noch € 1,00, was für viele Familien schon ein Problem ist, das halte ich ebenfalls für einem solchen reichen Land eigentlich unwürdig.“ Deshalb finde ich, es gäbe genug Ansatzpunkte, auch in der Steuerpolitik gegenzusteuern und dafür zu sorgen, dass die soziale Ungleichheit und die Ungerechtigkeit im Land nicht weiter wachsen.